

VOLKSSOLIDARITÄT



Information der betroffenen Personen (ehrenamtliche Mitarbeiter) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Volkssolidarität Dresden e.V., Altgorbitzer Ring 58, 01169 Dresden (Deutschland)
0351/50 100, info@volkssoli-dresden.de, www.volkssoli-dresden.de

Gesetzlicher Vertreter:

Der Vorstand

Datenschutzbeauftragter:

DataOrga® GmbH, E-Mail: datenschutz@volkssoli-dresden.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Erfassung und Speicherung von Daten (Kontakt- und Bankdaten) auf der Grundlage einer Vereinbarung zur Ausübung und ggf. der Abrechnung einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Verein. Im Rahmen von Ehrungen erfolgt eine Weitergabe von Namen, Geb.-datum, Anschrift an übergeordnete Organisationen und Partner.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags oder einer vorvertraglichen Maßnahme gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO erforderlich.

Kategorien von Empfängern:

Intern (ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter des Mitgliederverbandes)

Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 4 i.V.m. Art. 28 DS-GVO.

Unternehmensfamilie der Volkssolidarität Dresden, siehe Art. 13 Information

Datenübermittlung im Unternehmensverbund

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherungsdauer der personenbezogenen Daten:

Löschung nach 10 Jahren. Aufbewahrungsfrist gem. § 147 AO für steuerlich relevante Unterlagen.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Ohne Bereitstellung der Daten ist keine Vereinbarung über eine ehrenamtliche Tätigkeit nach EStg § 3 Nr. 26 bzw. 26a möglich.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.